Nummer 48 Saarbrücken, den 27. November 1926 7. Jahrgang

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Zahlstellenabonnenten 5.— Fr. monatl. ohne Botenlohn. für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährl.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen": Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 42. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530. 1062. 2003. 3194.

Was wir wollen!

Wir wollen Männer, mutig, ohne Wanken,
Nicht Schwächlinge, die gleich dem Schilfrohr schwanken,
Das jeder Windhauch rasch zu Boden fällt;
Wir wollen Eichen und nicht Efeuranken,
Die alles nur dem hohen Titel danken,
An welchem klammernd sich ihr Dasein hält.

Wir wollen Männer und nicht Wettersahnen,
Die bei des Sturmes erstem dumpfen Mahnen
Sich ächzend schon um ihre Achse drehn;
Wir wollen Männer, die mit Siegesahnen
Durchs Kampfgewühl uns stolz die Wege bahnen,
Auf denen jauchzend wir zum Ziele gehn.

Wirtschaft und Moral

Zwei Begriffe, die nach Auffassung weiter Kreise wenig oder gar nichts miteinander zu tun haben. Große Gruppen weigern sich, überhaupt einen Zusammenhang zwischen beiden Begriffen anzuerkennen, andere wollen für die Wirtschaft eine ganz eigene Moral, und manche reden wohl auch von Moral in der Wirtschaft und preisen sie, aber nur, wenn es den andern angeht.

Es ist und bleibt eine Grundwahrheit und für uns eine Grundüberzeugung, daß die Moral nicht nur für den einzelnen im Privatleben, sondern auch im Wirtschaftsleben des einzelnen wie der Gemeinschaft verpflichtende Kraft hat. Es ist ja doch kein Streit mehr darüber, daß die menschliche Gemeinschaft etwas Naturhaftes und darum dem Menschen Wesenhaftes und Notwendiges ist; wie aber sollte eine Gemeinschaft ohne regelndes Gesetz unter dem Szepter der bloßen Willkür bestehen und gedeihen können? Dieser Weg müßte zum Kampf aller gegen alle um den Gewinn und damit zur Auflösung führen. Zudem ist das Einzelleben vom Wirtschaftsleben gar nicht zu trennen — wie alles Leben keine starren Grenzen kennt — und gilt die Moral für jenes, dann muß sie in weiterer Form auch für dieses Geltung haben.

Darum müssen die obersten Grundsätze jeder Moral, und vor allem der christlichen, nämlich Gerechtigkeit und Liebe auch im Wirtschaftsleben voll zur Geltung gebracht werden. Gerechtigkeit aber schließt in sich auch Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Für einen Christen sollten das alles fürwahr Binsenwahrheiten sein, denn man darf kein Doppelleben, hier im Hause und dort im Geschäft, führen, die beide wie schwarz und weiß einander gegenüberstehen. Zu verantworten hat sich einst dafür dasselbe Gewissen, und Maßstab wird dieselbe ewiggültige Moral sein.

Durch Ueberlegung kommt man gerade zu dem entgegengesetzten Ergebnis über das Verhältnis von „Wirtschaft und Moral", als wir durch die Praxis uns in beschämender Weise vorlügen. Wie kann man nur dazu kommen, für das Privatleben moralische Bindungen anzunehmen, dagegen nicht für das Wirtschaftsleben. Denn im letzteren handelt es sich im Gegensatz zu jenem immer um Wohl und Wehe der ganzen wirtschaftlichen Einheit, meist des gesamten Volkes. Es ist also eine kräftige Triebfeder für moralisches Handeln mehr da. Aber hier liegt ja gerade der Hase im Pfeffer; so wichtig diese Triebfeder auch ist, sie besitzt im Wirtschaftsleben doch noch zu wenig Geltung. Der in seinen Entartungen ausschließlich selbstsüchtig eingestellte Kapitalismus hat hier als trauriges Erbe eine gründliche Zerstörung hinterlassen. Demgegenüber muß nun mit immer erneuter Wucht allen in die Ohren gerufen werden, daß bei jeder wirtschaftlichen Handlung der einzelne das Wohl der Gesamtheit berücksichtigen müsse, die auch letzten Endes über dem persönlichen Wohl, über dem eigenen Geldbeutel steht. Das entspricht der menschlichen Natur als Gemeinschaftswesen, entspricht den Prinzipien der Gerechtigkeit und Liebe, wie sie in höchster Reinheit in der christlichen Lehre enthalten sind.

Gar mancher wird einwenden: Gewiß, die Ideale sind sehr schön. Aber wer danach leben wollte, der würde nimmer emporkommen, vielleicht schon morgen ohnmächtig am Boden liegen. Denn die allgemeine Einstellung sei eben die kapitalistische, die selbstsüchtige. Gewiß, ungeheuer schwer muß ein solcher Kampf für den einzelnen sein, sicherlich aber ist er in vielen Dingen nicht unmöglich. Der Hauptstoß jedoch gegen solche Großtaten muß in der Menge muß in der Gemeinschaft geführt werden. Und hier liegt Sinn und Ziel der christlichen Gewerkschaften. Sie wollen Scharen um sich sammeln, um mit kühnem Vorstoß das wirtschaftliche Leben im christlichen Geiste der Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit und Liebe zu erneuern, um auch das öffentliche Leben mit der allgemeingültigen Moral wieder zu durchtränken und der christlichen Auffassung von Gemeinschaftsleben und von den Pflichten gegen natürliche Gemeinschaften zum Siege zu verhelfen.

Und diese Bestrebungen werden um so weitere Kreise des Erfolges ziehen, je mehr die Anerkennung der Moral in der Allgemeinheit überhaupt wächst, und je stärker das öffentliche Bewußtsein von der Gemeinschaft als eigenem Wesen mit eigenen Pflichten und Rechten wirksam wird. Es muß wieder etwas von dem starken Gefühl der alten Juden in uns lebendig werden, die sich so sehr als eine unlösbare Einheit fühlen, daß sie dem einzelnen kaum irgendwie persönlich Verdienst oder Schuld zumaßen, sondern beides gleich auf Stamm oder Volk als verantwortliche Mutter des einzelnen übertrugen. So sollten um einer Handvoll Gerechter willen die Sündenstädte Sodom und Gomorrha verschont werden, so war der ganze Stamm Levi ein auserwählter, so wurde der Sündenbock für des ganzen Volkes Schuld in die Wüste gestoßen. Ein Eintreten aller für einen ist aber nur möglich, wenn auch der einzelne voll die Pflichten gegen die Gemeinschaft erfüllt und bereit ist, für sie Opfer zu bringen.

So trifft die besondere Aufgabe unserer Gewerkschaften mit der größeren und erhabenen von der sittlichen Erneuerung unseres Volkes zusammen und ist ein Teil von ihr.

Georg Nowottnick.

■

Mehr Nachhaltigkeit

Die Beweise mehren sich immer mehr, daß die Hausagitation das beste Werbemittel bedeutet. Wohl wissen wir, daß Opfergeist dazu gehört, sie durchzuführen. Gar manches Wort muß man unnütz verschwenden, auch manche Ungezogenheit in Kauf nehmen. Diese unangenehme Seite wird aber wieder entschädigt durch die Erfolge, die jede Hausagitation doch bringt. Das Unangenehme, das man mal in Kauf nehmen muß, darf nicht dazu führen, daß man mißmutig wird und von einer Wiederholung der Hausagitation Abstand nimmt. Diese muß halt solange wiederholt werden, bis man die sichere Gewißheit hat, daß es nichts mehr zu holen gibt. Man darf nicht so denken: wir sind ja einmal der Aufforderung nachgekommen, haben ja auch einige Mitglieder gewonnen, also haben wir unserer Pflicht genügt. Das wäre falsch gehandelt, das wäre Selbstbetrug. Die Parole lautet: solange Aussichten auf Gewinn vorhanden sind, wird die Hausagitation weiter betrieben, auch wenn ein Einzelner mehrmals aufgesucht werden muß. Gerade bei der Durchführung einer großzügigen Hausagitation muß mit zäher Nachhaltigkeit zu Werke gegangen werden. Wo das geschieht, mehren sich die Erfolge, wie die Erfahrung überzeugend lehrt.

Nun ist es wirklich zu bedauern, daß es immer noch Zahlstellen gibt, die sich bis heute noch nicht zur Werbearbeit aufgeschwungen haben. Manche Vorstände glauben, die Unorganisierten kämen von selbst. So wenig uns gebratene Tauben in den Mund fliegen, so wenig kommen auch die Unorganisierten „von selbst". Wir müssen uns schon um sie bemühen. Etwas anderes bleibt gar nicht übrig. Deshalb darf am Jahresschluß keine Zahlstelle vorhanden sein, in der nicht alle Unorganisierten aufgesucht und bearbeitet wurden. Wenn es Zahlstellen gibt, in der sich wider Erwarten nicht genügend Werber finden sollten, dann muß man sich an den Bezirksleiter wenden, damit dieser für Hilfe sorgt. Das Ziel muß sein, bis zum Jahresschluß alle erfaßbaren Unorganisierten dem Gewerkverein als Mitglieder eingereiht zu haben.

■

Zur Organisationsfrage im Bergbau

äußert sich im Essener „Bergknappen" ein noch im Dienst befindlicher Grubenbeamter in folgender beachtenswerter Weise:

Bei meinen täglichen Befahrungen habe ich sehr oft Gelegenheit, einen tiefen Blick in die Psyche des Arbeiters zu tun. Am interessantesten sind mir immer die Gefühlsausbrüche des Kumpels, der auf Gott und die ganze Weltordnung, Staats- und Wirtschaftsform, Regierung, Gewerkschaften und deren Führer schimpft und ganze Kübel von Unflat auf diese Institutionen ausgießt. Ich glaube nicht besonders betonen zu müssen, daß ich von diesen Schmeicheleien als verfassungstreuer Staatsbürger und Gewerkschaftler nicht angenehm berührt werde, um so mehr nicht, als die Grube der allerungeeignetste Ort ist, diese Anwürfe, von denen jeder hingeworfene Brocken ein Vortragsthema für sich enthält, in das richtige Licht zu rücken. Hat dieses unglückliche und mit sich selbst zerfallene Schäfchen sich ausgetobt, wozu meine Ruhe und die umgebende Wirklichkeit — Kohlenstoß und Bergeversatz — nicht unwesentlich beigetragen haben, dann lege ich ihm die eine Frage vor: „Mein lieber Kamerad von der Ehrhardt-Radek-Kompagnie, sei ehrlich: Wo warst du, und was hast du getan, um die nach deiner Meinung vorhandenen Verschlechterungen unseres Standes abzuwenden, und wo hast du gestanden, als deine organisierten Berufskollegen aufriefen zum mannhaften Eintreten für die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage und zur Standeshebung? Bist du wirklich so naiv, zu glauben, deine Lohn und Arbeitsbedingungen seien darum tariflich geregelt, weil du zufällig so schöne Augen hast und du so wunderbar auf leerer Straße und hier im Bergeversatz zu spektakeln verstehst? Hand aufs Herz! Wie steht's mit deiner Organisation?" Und siehe da, der ehemals so wortreiche Weltverbesserer wird kleinlaut und stellt Betrachtungen über das Gehörte an, mit dem Erfolg, daß mir nach kurzer Zeit Arbeitskameraden zu verstehen geben, die Organisation habe einen Paulus mehr bekommen.

An sich ist nun der Grubenbeamte der schlechteste Agitator für die Organisation der Arbeiter. Und doch ist es nötig, daß beide Teile sich in der Aufgabe ergänzen, das Heer der Unorganisierten zu verkleinern; denn letztere sind es, denen die Erfolge der Organisation, zu denen die Mitglieder erheblich gesteuert, wofür sie gekämpft und Opfer gebracht haben, so mühelos in den Schoß fallen. Ich habe für eine solche Unmoralität überhaupt keine Bezeichnung. Kürzlich meldete mir ein Kumpel auf der Wetterstrecke, von dem ich wußte, daß er in puncto Organisation auch keine reine Wäsche hatte, zweibeinige Mäuse hätten ihm das Butterbrot aus der Jacke geklaut. Vierbeinige könnten es nicht gewesen sein; die hätten ihm wenigstens noch Papier und Krümel gelassen. Prophetisch und mit salbungsvollem Ton (man kennt sich mit der Zeit mit allem aus) erwiderte ich ihm: „Bedauerlich, bedauerlich, mein Sohn! Aber heute bist du mit deinem knurrenden Magen mal in sehr guter Gesellschaft. Tausend und abermals Tausende von braven deutschen Knappen werden tagtäglich von ihren eigenen Kameraden um die Früchte der gewerkschaftlichen Organisation betrogen und bestohlen."

Durch die Erfahrung, daß durch einen geeigneten Appell an die moralische Seite eines Unorganisierten, wie auf vorstehend geschilderte Art, mancher für die Organisation gewonnen werden kann, komme ich auf den Gedanken, dieser Idee weiteren Spielraum zu geben. Ich denke da an die großzügige Idee der Berufsgenossenschaften, wie diese in kunst- und humorvoller Art in Plakaten auf die Gefährlichkeit der

Betriebe hinweisen, um damit ein Sinken der Unfallziffer zu erreichen. Das tagtägliche, uns auf Schritt und Tritt begegnende Hinweisen auf die Gefährlichkeit des Betriebes wird seinen Zweck sicherlich nicht verfehlen. In ähnlicher Weise müssen sich die Organisationen ebenfalls der suggestiven Macht des Bildes, des Plakates bedienen, um den letzten Kumpel von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.

Geben wir uns keiner Täuschung hin, lassen wir uns auch nicht von Silverbergschen Reden einlullen: die Beseitigung der Tarifhoheit des Reiches und des Schlichtungswesens ist das Ziel der sozialen Reaktion. Trotz aller Liebesbeteuerungen bleibt das Unternehmertum in seiner Grundauffassung von Wirtschaft und Sozialpolitik manchesterlich-liberal, d. h. nach ihrer Auffassung sind sie die Herren im Hause, und der Staat habe sich aus dem Streite der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herauszuhalten. Das Reichsarbeitsministerium, das zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen eingesetzt, und dessen Aufgabe es ist, Arbeiterschutzgesetze wie überhaupt sozialpolitische Gesetze vorzuarbeiten, wie die vom Reichstag beschlossenen zur Durchführung zu bringen und zu überwachen, steht und fällt mit den Kräften, denen es dienen soll. Die Arbeitsweise des Reichstages auf sozialpolitischem Gebiet sowie die des Arbeitsministeriums wird darum stets ein Gradmesser sein für die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmer. Im Gegensatz zu den Verhältnissen der Jahre 1918—1921 beruht der heutige Einfluß der Gewerkschaften auf die soziale Gesetzgebung weniger auf deren quantitativen als auf deren qualitativen Stärke. Die Verbindung der Macht des Geistes mit der Macht der Zahl wird darum eine Vorbedingung sein für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeitnehmer. Aus dieser Erkenntnis heraus ist es daher kein Terror und keine Unterbindung der freien Meinung, wenn der intelligentere Teil der Arbeitnehmerschaft es ablehnt, mit den Drohnen ihres Standes, den Unorganisierten, zu arbeiten. Spricht man etwa von Terror oder Unterbindung der freien Konkurrenz, wenn die Unternehmer durch ihre Kartelle und Syndikate Aufsichtsräte und Verbraucherschaft ihren Willen aufzwingen? Ich kann mich als Betriebsbeamter innerlich nicht der Logik verschließen, wenn ein Ortsältester eines Betriebes, mit dessen Leistung ich bisher zufrieden war, mich in würdiger Form ersucht, in beiderseitigem Interesse den ihm zugewiesenen unorganisierten Kameraden anderweitig zu beschäftigen.

Die außerordentliche Wichtigkeit des von mir aufgeworfenen Fragenkomplexes erhält ihre gesetzliche Sanktionierung durch Artikel 118 der deutschen Reichsverfassung, der da lautet: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht."

•

Forderung eines Notgesetzes zur Einführung des Achtstundentages

Der Deutsche Gewerkschaftsbund nahm auf seiner Herbsttagung in Nürnberg am 15. Oktober eine Entschließung zur Arbeitszeitfrage an. Darin wurde von der christlichnationalen Gewerkschaftsbewegung die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes gefordert. Darin heißt es, falls der sofortigen Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes Schwierigkeiten entgegenständen, eine Zwischenregelung bezüglich der Arbeitszeit erfolgen müsse. Am 28. Oktober nahmen die Spitzenverbände sämtlicher Gewerkschaften zur Arbeitszeitfrage Stellung. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die herrschende Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt in der modernen wirtschaftlichen Entwicklung begründet. Es bedarf daher positiver Maßnahmen, um einen wesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, die zwangsläufig durch die fortschreitende technische und betriebsorganisatorische Vervollkommnung verursacht wird, herbeizuführen.

Die unterzeichneten Spitzenverbände erklären, daß es nicht genügt, die Oeffentlichkeit auf den Gegensatz zwischen dem heute herrschenden Ueberstundenwesen und der völligen Arbeitslosigkeit von Millionen hinzuweisen und vor dem System der Arbeitszeitverlängerung zu warnen, sondern daß es gesetzlichen Zwanges bedarf, um die Durchführung des Achtstundentages zu sichern. Die Verkürzung der derzeitigen Arbeitszeit liegt im Zuge der technischen und organisatorischen Entwicklung und ist die Vorbedingung für die Rückführung des Arbeitslosenheeres in die Betriebe.

Die unterzeichneten Spitzenverbände stimmen aber auch darin überein, daß es nicht angeht, sich mit einer späteren Neuregelung der Arbeitszeit durch das endgültige Arbeitsschutzgesetz zufriedenzugeben, zumal mit dessen baldiger Verabschiedung nicht gerechnet werden kann. Es bedarf vielmehr sofortiger gesetzlicher Maßnahmen, um der gegenwärtigen Not zu steuern. Aus diesem Grunde fordern die unterzeichneten Spitzenorganisationen die sofortige Abänderung der geltenden Arbeitszeitbestimmungen im Wege eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages."

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB.).
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB.).
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Deutscher Gewerkschaftsring).
Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afabund).

Gegen diese Forderung der Gewerkschaften haben die Arbeitgeber in einem Aufruf an die Regierung lebhaft protestiert. Das ist nicht auffallend. Die reaktionären Unternehmer wenden sich gegen jeden sozialen Fortschritt. Dieses Vorgehen der Unternehmer muß den Arbeitern doch zeigen, daß sie nur dann vorankommen und das Vorgehen der Unternehmer abwehren, wenn sie sich starke Organisationen schaffen.

Kamerad!

Kamst du deiner größen Pflicht schon nach, dem Gewerkverein ein Mitglied zu gewinnen? Willst du gar keinen Anteil nehmen an der Werbearbeit? Schäme dich! Viele Kameraden mühen sich täglich um die Erstarkung des Gewerkvereins und du willst teilnahmslos zuschauen?! Besinne dich auf deine Pflicht und gewinne ein Mitglied, damit auch du einen Baustein beiträgst zum Weiterbau unseres Gewerkvereins.

Der Kampf der Gewerkschaften um die Sozialversicherung des Saargebietes

Herrn Fried zur Wissensbereicherung.

Im Saargebiet versucht seit längerer Zeit ein Mann von sich reden zu machen, der überall in Pensionärversammlungen erscheint, angibt, früher Ingenieur und Arbeitgeber gewesen zu sein, den schönen Namen Fried führt und den armen Rentenempfängern die tollsten Dinge erzählt. Angeblich will der Mann die Sozialversicherung des Saargebietes in Ordnung bringen; das Ordnungs- und Allheilmittel ist nach Herrn Fried der bekannte § 24 des Saarstatuts im Versailler Vertrag. Wenn alles wahr ist, was uns aus seinen Versammlungsreden berichtet wurde, dann ist Herr Fried weiter nichts als ein Ausschneider und hat von der Sozialversicherung soviel Ahnung wie eine Kuh von der Schreibmaschine.

Uns ist Herr Fried schon seit längerer Zeit bekannt und hielten wir ihn anfangs auf Grund der uns gegenüber gemachten Ausführungen für einen Mann, der wirklich ernst bestrebt sei, gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Verbesserung der Lage der Rentenempfänger des Saargebietes zu kämpfen. Aus diesem Grunde wandten wir uns auch nicht gegen die Gründung der sogen. Pensionärvereinigungen, weil wir der Auffassung waren, daß auf Grund dieser Tatsache die maßgebenden Stellen wie: Regierungen und Arbeitgeberschaft, zur besseren Einsicht der Notlage der Sozialrentner im Saargebiet gelangen würden. Mit Herrn Fried sind wir heute noch vollständig einig in der Auffassung der Tatsache, daß die Sozialrentner des Saargebietes außerordentlich erheblich in ihren berechtigten Ansprüchen geschädigt sind und daß eine gesunde Reform der gesamten Sozialversicherung des Saargebietes, wobei besonderes Gewicht auf befriedigende Erhöhung der Leistungen zu legen ist, dringendstes Gebot der Zeit darstellt. — Unanständige Einbildung ist es aber, wenn Herr Fried glaubt, diese Tatsache zuerst und allein entdeckt zu haben und dann in verworrenem Geschwasel erklärt, die Gewerkschaften hätten überhaupt nichts für die armen Sozialrentner getan, ja so weit geht, zu behaupten, die Gewerkschaftsführer hätten die Interessen der Arbeiterschaft verraten. Solche Ausführungen wirken bei der vernünftig denkenden Arbeiterschaft direkt lächerlich und sind nichts weniger als geeignet, für seine Bestrebungen Sympathien zu gewinnen.

Zu Gunsten des Herrn Fried wollen wir annehmen, daß seine gehässigen und beleidigenden Auslassungen über die Gewerkschaften lediglich seiner Unwissenheit und nicht einem falschen Streben nach Befriedigung seines Ehrgeizes entspringen. Ihm zu Nutz und Frommen und den Kameraden zur Erinnerung wollen wir hier kurz aufzeigen, was die Gewerkschaften alles getan haben, um die maßgebenden Stellen im Sinne der Sozialrentner günstig zu beeinflussen.

Schon vor dem Regierungsantritt der Regierungskommission zeigten sich die Gewerkschaften bedacht, den Arbeitern im Saargebiet ihre Ansprüche in Bezug auf Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Sozialversicherung usw. zu sichern. Am 22. August 1919 reichten die christlichen Gewerkschaften bei der damaligen Militärverwaltung des Saargebietes eine Denkschrift ein, enthaltend die „Forderungen der christlichen Gewerkschaften an der Saar an die Regierung des Saargebietes". Diese Denkschrift stellt ein geschichtliches Dokument dar, welches heute noch von jedem ehrlich und aufrichtig denkenden Menschen als Nachschlagewerk benutzt werden kann zwecks Unterrichtung über das Zielstreben der christlichen Gewerkschaften. Betreffend „Sozialversicherung" lesen wir in dieser Denkschrift:

Wir verlangen:

a) Aufrechterhaltung aller Verbindungen mit den Trägern der deutschen Sozialversicherung;
b) Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsinstanzenweges;
c) Weiterbelassung aller Verordnungen hinsichtlich der gesamten sozialen Gesetzgebung.

Im Anschluß an diese grundlegenden Forderungen sind die Spezialwünsche betr. der einzelnen Versicherungszweige niedergelegt. Daß die christlichen Gewerkschaften nichts unversucht ließen, diese ihre Forderungen durchzusetzen, ist zu bekannt, als daß man nochmals besonders darauf verweisen müßte und tragen die gegenteiligen Behauptungen offen den Stempel der Unwahrhaftigkeit.

Einen starken Beweis für das ernste Wollen der Gewerkschaften bildet ferner die Eingabe der Knappschaftsältesten an den französischen Grubenkontrolldienst vom Oktober 1919, die sich entschieden gegen die Loslösung des Saarbrücker Knappschaftsvereins vom Rückversicherungsverband Charlottenburg wendet. Aus dieser Eingabe sei nur an einen Satz erinnert, welcher der beste Beweis ist, auch für die Haltung der gewerkschaftlich organisierten Knappschaftsältesten:

„Sollte die Absicht der Lostrennung des Saarbrücker Knappschaftsvereins von der Deutschen Sozialversicherung und die Ueberführung aller Rücklagen des Vereins, nämlich die beim Rückversicherungsverband und des Gemeinvermögens (§ 1395 R. V. O.) in den Besitz des französischen Staates bestehen, sind die unterzeichneten Knappschaftsältesten als die gesetzlichen Vertreter der Knappschaftsmitglieder und Mitteilhaber an der Verwaltung des Knappschaftsvereins nach reiflicher Ueberlegung und im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung und ihrer Pflichten zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie der Lostrennung des Saarbrücker Knappschaftsvereins von der Deutschen Sozialversicherung und der Ueberführung der Rücklagen der einzelnen Versicherungseinrichtungen desselben in den Besitz des französischen Staates nicht zustimmen können."

Mit eingehender Begründung wird dann nachgewiesen, daß eine Abtrennung des saarländischen Knappschaftswesens von der Deutschen Sozialversicherung nicht im Interesse der knappschaftlich Versicherten liegt und damit auch der Auffassung der gewerkschaftlichen Organisation nicht entspricht.

Es ist auch nicht unbekannt geblieben, mit welcher Energie sich die Knappschaftsältesten in Generalversammlungen des Knappschaftsvereins dafür einsetzten, daß die knappschaftlichen Verhältnisse so verbessert und ausgestaltet werden, wie es die knappschaftlichen Rentenempfänger mit Recht verlangen könnten. Eine ganze Anzahl Generalversammlungen des Knappschaftsvereins sind aufgelegen, weil der Arbeitgeber dem berechtigten Begehren der Knappschaftsältesten kein Verständnis entgegenbrachte und alle Forderungen auf Pensionserhöhung glatt ablehnte. Mehr als 30 Eingaben sind aus den Jahren 1920—1923 nachzuweisen, worin die Gewerkschaften sich immer wieder gegen die Abtrennung der Sozialversicherung des Saargebietes wandten und nachdrücklich verlangten, die Renten den Teuerungsverhältnissen des Saargebietes entsprechend zu gestalten. Erinnert sei daran, daß gerade die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1923 sehr heftig bekämpft wurden, sogar aus Pensionärkreisen, weil die christlichen Gewerkschaften die kurzsichtige Frankenpolitik nicht mitmachten und für die Pensionäre nicht den Franken forderten.

Unmöglich ist es geradezu, all die Einzelarbeiten aufzuzählen, die von den Bergarbeiterorganisationen geleistet wurden, um eine befriedigende Reform des Knappschaftswesens im Saargebiet durchzuführen. Daß die Bergarbeiterorganisationen das Möglichste getan haben, um eine gesunde Knappschaftsreform zu schaffen, beweist auch die Denkschrift vom 6. Febr. 1925. Diese Denkschrift, die ebenfalls ein geschichtliches Dokument bleibt, wird jedem aufrichtigen Menschen die Ueberzeugung abringen, daß das unzureichende Ergebnis der in Kraft getretenen Knappschaftsreform nicht auf Versagen der Bergarbeiterorganisationen zurückzuführen ist. Wenn auch die Reform unsere Wünsche nicht befriedigte, so darf andererseits nicht verkannt werden, daß die Reform Verbesserungen brachte, die zweifellos ohne das Bemühen der Gewerkschaften nie in Erscheinung getreten wären. Auch dieses darf nicht verkannt werden; es genügt nicht nur, zu sagen, es ist nichts, sondern man muß auch das, was geleistet wurde, anerkennen, ohne im Eifer zu erlahmen, weitere Verbesserungen zu erwirken.

Als Ende des Jahres 1924 die Verordnung betreffend Erhöhung der Leistungen in der Unfallversicherung, hatten sich die Gewerkschaften sofort in einer Eingabe an die Regierung des Saargebietes gewandt und zeigten darauf hin, daß die Leistungserhöhungen in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werden. Acht Monate später fanden die Gewerkschaften den Wortlaut derselben Eingabe in einer neu eingereichten Eingabe der Pensionärvereinigung wieder. Wir waren froh nicht beleidigt, weil wir einsahen, daß unsere Arbeit auch von den Pensionärvereinen anerkannt und gewürdigt wurde. Im Juli 1924 richteten die Gewerkschaften eine gemeinsame große Denkschrift an den Völkerbund und das Arbeitsamt in Genf. Auch diese Denkschrift wurde nochmals auf alle Mißstände in der Sozialversicherung des Saargebietes hingewiesen und der Völkerbund ersucht, die zuständigen Regierungen zu veranlassen, Abhilfe zu schaffen.

Weiterhin darf darauf aufmerksam gemacht werden, daß alle Verbesserungen, die im Jahre 1926 in allen Zweigen der Sozialversicherung zu verzeichnen sind, nur den gewerkschaftlichen Bemühungen zu danken sind. Nicht vergessen wollen wir hierbei, daß auch die politischen Parteien gemeinsam mit den Gewerkschaften sich alle erdenkliche Mühe gaben, die zuständigen Stellen zu bewegen, die Sozialversicherung im Sinne der Versicherten zu reformieren. Diese vielen Arbeiten und Bemühungen glatt hinweg leugnen zu wollen, wäre Demagogie und Unwahrhaftigkeit allerschlimmster Art.

Ganz unmöglich ist es, hier all die vielen Verhandlungen zahlenmäßig wiederzugeben, die geführt wurden mit dem Zweck, Sozialrentenerhöhungen zu erwirken, wenn auch — was wir selbst immer feststellen mußten — die Renten nicht so gestaltet wurden, wie wir im Interesse der Versicherten es wünschten. So ist dennoch zweifellos, daß wir dasjenige, was wir heute zu verzeichnen haben, bestimmt nicht hätten, und die Verelendung in den Sozialrentnerkreisen sich in noch viel bedeutenderem Ausmaße gezeigt würde. Gewiß, es wäre sehr schön, wenn die Gewerkschaften nur zu sagen brauchten: „Dies und das ist erforderlich und deshalb wird es gemacht."

Leider aber sind wir noch nicht soweit, und im Vorwärtskommen bei unseren Bestrebungen sind wir von soviel Umständen und Faktoren abhängig, daß jeder Schritt nach vorwärts mühsam erkämpft werden muß. Es wäre schon viel erreicht, wenn bei allen Arbeitern und Sozialrentnern diese Erkenntnis vorherrschte und sie sich bestrebten, dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften in ihrem Kampfe gestärkt werden.

Schmutzig ist es dagegen bei den vielen Arbeiten, die die Gewerkschaften zu leisten haben, dieselben noch in demagogischer Weise anzuöden und sich hindernd in den Weg zu stellen.

Wir wünschen, daß alle Pensionäre sowie die aktiven Arbeiter erkennen möchten, daß nur mit der Gewerkschaft und nicht gegen dieselbe ein Vorwärtskommen möglich ist. Lasse man sich darum von gewerkschaftsfeindlichen Schwätzern nicht betören, sondern gebe man diesen Leuten die richtige Antwort.

Wer mit den Gewerkschaften kämpft, darf auf Erfolge hoffen, wer sich gegen sie stellt, schneidet sich ins eigene Fleisch. J. M.

Aus der Jugendbewegung

Das eine tun, das andere nicht lassen

Dieser Tage war ich ungewollt Zeuge eines Schauspiels, das mir zu denken gab. An einem der letzten Sonntage führte mich mein Weg zu einer Versammlung durch einen größeren Bergmannsort. Es regnete nur so, wie man zu sagen pflegt, „daß es spritzte". Wie ich nun so meines Weges kapste, kam auf einmal eine Kolonne junger Burschen angestürmt, in kurzen Hosen, Trikothemden, Sportschuhen, naß geschwitzt — und von oben bis unten mit Dreck beschmiert. Sie kamen vom Sportplatz außerhalb des Ortes und strebten ihrem Vereinslokal zu. Und keiner machte ein verdrießliches Gesicht ob der beschmierten Sportkleider und Hemden, ob des schmutzigen Körpers. Im Gegenteil, mit einem gewissen Stolze zogen sie dahin, bewußt, daß die weibliche Dorfjugend sie bewundere ob des an den Tag gelegten „Heldenmutes".

Mir kamen beim Anblick der zwar schmutzigen, aber kraftstrotzenden jungen Burschen, so eigene Gedanken. Ein Blick auf ihre Fäuste sagte mir, daß es junge Arbeiter waren. Als ich sie so in ihrer Jugendkraft dahinstürmen sah, weder Wind noch Wetter achtend, da freute ich mich der darin zum Ausdruck kommenden Kraft. Ich sagte mir, daß es immer noch besser ist, den Körper zu kräftigen, ihn abzuhärten, als sich in Tingeltangelstätten herumzutreiben und Körper und Seele verderben zu lassen.

Aber auch etwas anderes drängte sich mir auf. Unwillkürlich fragte ich mich, warum man nun jeden Sonntag, jede freie Zeit, alle überschüssige Kraft nur in den Dienst des Sportes stellt. Es genügte doch, nur einen Teil der freien Zeit, einen Teil der Sonntagnachmittage, einen Teil der überschüssigen Kraft in den Dienst des Sportes, der doch eigentlich nicht nur des Rekordes wegen, nicht nur der Torzahl und Punkte wegen betrieben werden sollte, zu stellen. Einen Teil der freien Zeit, einen Teil der Sonntage, einen Teil der überschüssigen Kraft müßte die Arbeiterjugend doch in den Dienst ihrer Berufs- und Standessache stellen. Das eine tun, aber das andere nicht lassen, müßte der Wahlspruch sein. Es ist aber meistens so, daß man nur das eine tut und das andere ganz unterläßt. Diese Feststellung konnte ich am selben Sonntag noch machen. Auch im Versammlungsort wurde ein Wettkampf ausgetragen. Auch dessen Teilnehmer zogen an mir vorbei. Aber keiner erschien in der Versammlung, die gar nicht weit vom Vereinslokale der jungen Sportler tagte. Dafür hatten sie gar kein Interesse und keine Zeit, weil der Sport sie ganz mit Beschlag belegt hat.

Solche Feststellungen müssen bedenklich stimmen. Wo soll das hinführen, wenn die Arbeiterjugend so gar kein Interesse für ihre Zukunft, für ihre eigene Berufssache zeigt! Wäre es kein erhebendes Bild, wenn man in den Versammlungen unsere Bergmannsjugend geschlossen vorfände? Wüchse nicht die Hochachtung der älteren Kameraden und der Angehörigen anderer Berufe, wenn die Arbeiterjugend frühzeitig Interesse für ihre Zukunftsaufgaben und ihre Berufsfragen zeigte? Wäre es nicht erbauend, wenn junge Arbeiter in kleinen Trupps die Unorganisierten aufsuchten und mit jugendlicher Begeisterung als Mitstreiter im edlen Kampf um Arbeiterrecht, Arbeiterehre und Arbeitergluck, zu gewinnen suchten? Den Hut zöge man vor einer solchen Jugend! Aber nur an Sport denken, nur dafür Interesse haben, nur dafür Opfer bringen — das ist ein Uebel, das sicher zum Schaden der jetzigen Jugend in ihrem späteren Arbeitsleben auschlagen wird. Was ein Häbchen werden will, krümmt sich beizeiten. Das ist ein altes Wahrwort, das auch für die heutige moderne Zeit seine Richtigkeit nicht verloren hat. Möge unsere Jugend sich das zu Herzen nehmen und eine weise Einteilung vornehmen: nur einen Teil der freien Zeit, nur einen Teil der überschüssigen Kraft dem Sporte geweiht, den anderen Teil verwandt im Interesse eines besseren Fortkommens, im Interesse der Zukunft und der Standessache. Das tut not. Und so wollen wir hoffen, daß unsere Jugend zukünftig mehr wie bisher Interesse für ihre Standes- und Gewerkschaftssache bekundet und einen Teil ihrer Kraft der Ausbreitung unserer Jugendbewegung widmet.

Achtet auf die Verzogenen

Neulich wurde in einer Zahlstellenversammlung mitgeteilt, daß bei der Hausagitation auch ein Kamerad aufgesucht wurde, der mit seinen Beiträgen zwei Monate im Rückstande war. Nach kurzem Gespräch ergab sich, daß der Kamerad vor zwei Monaten aus einer anderen Zahlstelle abgewandert war, diese aber seinen Wegzug weder dem Vorsitzenden der neuen Wohnortszahlstelle, noch dem zuständigen Bezirksleiter gemeldet hatte. Ob der zugezogene Kamerad nicht freiwillig den Anschluß an die neue Zahlstelle verpaßte", mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls lehrt der Vorgang, daß durch Wechsel des Wohnortes manches Mitglied dem Gewerkverein verloren geht. Dem muß unbedingt vorgebeugt werden. Wenn ein Mitglied verzieht und meldet das dem Vertrauensmann nicht selbst, dann kann dieser doch beim Rundgange den Wegzug feststellen. Das erste, was dann geschehen muß, ist Auskunftschaft des neuen Wohnortes. Sofern man den Vorsitzenden der Zahlstelle dieses Ortes selbst kennt, setzt man diesen ins Bild. Besser noch ist es, dem Bezirksleiter unverzüglich Meldung von dem Wegzuge unter Angabe des neuen Wohnortes zu machen, damit dieser das Weitere besorgen kann. Die Erfahrung lehrt doch, daß nicht alle Verzogenen in der neuen Zahlstelle den Anschluß selbst suchen. Daher muß so gehandelt werden, wie vorstehend ausgeführt, damit durch Wohnortswechsel aber auch nicht ein einziges Mitglied verloren geht oder in Rückstand gerät.

Knappschaftliches

Erhöhung der Beiträge und Pensionskassenleistungen

Der Personal- und Satzungsausschuß des S. K. V. tagte am 15. November. Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Erhöhung der Beiträge und Leistungen der Pensionskasse. Bekanntlich müssen die Beiträge zur Pensions- und Invalidenversicherungskasse mindestens 5.2 Prozent vom jeweiligen Hauerdurchschnittslohn betragen. Infolge der Lohnerhöhung mußte deshalb auch eine weitere Erhöhung der Beiträge vorgenommen werden.

Der Beitrag zur Pensionskasse

beträgt nach dem Beschlusse des Ausschusses für Oktober: 37.45 Fr. und ab 1. November: 38.85 Fr. Gegenüber dem Septemberbeitrag ist eine Erhöhung um 1.45 Fr. resp. 2.85 Fr. zu verzeichnen.

Ueber die **Frage der Leistungserhöhung** fand eine längere Beratung statt. In Hinsicht darauf, daß diejenigen Rentenempfänger des Knappschaftsvereins, die auch gleichzeitig Invalidenrente aus der Invalidenversicherung beziehen, im vorvergangenen

Familie und Heim

Ueber die Nachbarschaft

Von Ludwig Kessing.

Als vor kurzem heimwärts ich
Meinen Dorfweg eingeschlagen,
Sah ich, wie zwei Frauen sich
Gründlich in den Haaren lagen.

Gaffend stand dabei ein Chor,
Sich erfreuend an dem Treiben,
Und ich nahm mit stille vor
Ueber Nachbarschaft zu schreiben.

Liebe Knappenfrau!

Wir Menschen sind als Gesellschaftswesen aufeinander angewiesen. Durch die dadurch entstandene Notwendigkeit, das näher zu sein, ergibt sich die Nachbarschaft schon von selbst. Wie aber die Nachbarschaft besteht, wie sie gepflegt und unterhalten wird, ist von großer Wichtigkeit. Kann eine gute Nachbarschaft viel zum Wohl und zur Verschönerung unseres Lebens beitragen, so kann eine schlechte Nachbarschaft das Dasein zur Hölle machen. Und der Beste kann nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

Da nun die gute Nachbarschaft von solcher Bedeutung ist, sollen wir darauf bedacht sein, sie zu erhalten und die bereits geschwundene gute Nachbarschaft aufs neue zu beleben.

Von Männerseite wird gesagt, der meiste Nachbarstreit entstehe durch die Frauen. Ich will nicht untersuchen, wie viel Wahres an diesem Worten ist, und sind ja auch alle Männer in diesem Punkte nicht ganz einwandfrei. Tatsache ist es aber, daß, wie die Eintracht im allgemeinen, so die gute Nachbarschaft im besonderen, durch die böse Zunge gestört wird. Sei darum, liebe Knappenfrau, recht behutsam. Wer die Zunge im Zaume zu halten weiß, erspart sich viele Unannehmlichkeiten und seinem Hause manchen Ärger. Freundlichkeit ist der Schlüssel zu guten nachbarlichen Beziehungen, was darüber aber hinausgeht, ist vom übel. Auch ist es nicht gut, wenn man sich zuviel auf den Türen liegt. Das dicke Ei bricht meist schnell, und man hat dann oft Material für einen Nachbarzwist auf lange Jahre.

Fege still vor deinem Pförtchen,
Drisch nicht jede Sache breit!
Ein zuviel gesagtes Wörtchen
Schafft dir oft viel Zank und Streit.

Gefälligkeit ist gewiß eine schöne Tugend, aber auch hier ist man manchmal gezwungen, bestimmte Grenzen zu ziehen: Gibt es doch Leute, die nach dem Arm greifen, wenn ihnen der Finger geboten wird. Richtiges Taktgefühl ist eine löbliche Eigenschaft und Nachsicht schützt dich vor manchem Streit! Weise Rücksichtsnahme wahrt dich vor Verstößen und läßt dich auch die Kinder zur Ruhe mahnen, wenn vielleicht durch widrige Arbeitsverhältnisse gezwungen, der Nachbar tagsüber den Schlaf aufsuchen muß oder wenn sonst jemand in der Umgebung ernstlicher erkrankt ist. Freilich, alle Unlieblichkeiten, die durch Kinder entstehen können, lassen sich nicht meiden. Da heißt es auch für den Gegennachbar, mal ein Auge zudrücken und Nachsicht üben. „Jugend hat keine Tugend", und klein sind wir einmal alle gewesen.

Durch die Kinder, sage ich,
Kommt mehr Streit als durch die Großen.
Franz hat Fritzchen nachbarlich
Unsanft an den Kopf gestoßen.

Liese brachte Lotti zu Fall,
Max hat Nachbars Hund geschmissen.
Ja, wer kann die Gründe all
Eines Nachbarszwistes wissen!

Wollte jeden Anlaß man
Weise nehmen aus den Wegen,
Mäßte man schon Kinder an
Stricke und an Kette legen.

Zu bedauern ist es aber, wenn sich Erwachsene so wenig ihrer Pflicht bewußt sind. Kann man es doch mitunter erleben, wie durch spätabendlichen Spektakel die Ruhe in der Nachbarschaft gestört oder über den Köpfen der Mitbewohner die ganze Nacht hindurch ein förmliches Tanzvergnügen angestellt wird! Da kann von guten nachbarlichen Beziehungen nicht gesprochen werden, und dem Sanftesten muß da die Zornesader schwellen.

Sei also, liebe Knappenfrau, recht rücksichtsvoll. Kommt aber einmal etwas vor, dann suche in Ruhe dein Recht, und gewiß wirst du bei vernünftigen Menschen Gehör finden. Ich kannte jemand, den es verdroß, daß ein über ihm wohnender Arbeiter durch zu lautes Auftreten mit den nägelbeschlagenen Schuhen allemal sein erst etliche Monate altes Söhnchen weckte. Ruhig wie er war, brachte er an die Flurtüre des Hauses einen Zettel folgenden Inhalts an:

Höflichst wird hiermit gebeten,
Morgens sanfter aufzutreten,
Denn es wird im Schlafgemach
Stets mein kleiner Bengel wach.

Der Zettel tat seine Schuldigkeit, und man hatte keine Ursache mehr, sich zu beschweren.

Besonders rücksichtsvoll sollst du bessergestellten Nachbarn gegenüber sein. Nicht darum, weil du sie als Reiche oder Angestellte in besonderer Weise vorzuziehen hättest. Nein, du sollst den Beweis erbringen, daß du ebensoviel natürlichen Anstand besitzest wie sie.

Hast du nahe deinen Zonen
Wohlgestelltere Leute wohnen:
Gehe weise im Vertrauen,
Alle Zeit dein Bestes her,
Weil zu leicht sie sonst zu sagen:
Arbeitsvolk ist — ordinär.

Die Nachbarschaft kann aber auch viele Gefahren in sich schließen. Böse Gesellschaften verderben gute Sitten, und

Monat eine Aufbesserung ihrer Bezüge erfahren haben, während diejenigen, die nur Knappschaftspension beziehen, leer ausgingen, ferner, daß eine weitere Erhöhung der Invalidenrenten in naher Aussicht steht und in Anjehung dessen, daß die Not bei den Knappschaftsrentenempfängern, die keine Invalidenrente beziehen, am größten ist, faßte der Ausschuß den Beschluß, vorläufig

das Wartegeld zu erhöhen und einen Kinderzuschuß zu den Pensionen einzuführen.

Das Wartegeld beträgt ab **1. Dezember: 16.— Fr.** für Invaliden und 8.— Fr. für Witwen.

Da diese Sätze Grundzahlen sind, werden sie wie alle anderen Grundleistungen mit dem **Multiplikator 3 vervielfältigt.** Dies ergibt gegen den Vormonat für die Bezieher von Wartegeld eine Erhöhung um 18.— resp. 9.— Fr.

Vollständig neu ist die

Einführung des Kinderzuschusses

zu den Pensionen. Die gewerkschaftlichen Organisationen hatten die Einführung dieses Zuschusses bereits bei Beratung der neuen Satzung verlangt, sind aber damals mit ihrem Begehren nicht durchgedrungen. Heute zeigt man erfreulicherweise mehr Verständnis. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß alle diejenigen Pensionäre, die keine Invalidenrente beziehen, für jedes Kind unter 15 Jahren einen Zuschuß von monatlich **4.— Fr.** Grundbetrag erhalten sollen. Da auch hier der Multiplikator in Erscheinung tritt, so beträgt der wirkliche Zuschuß für jedes Kind unter 15 Jahren **12.— Fr.**

Damit alle Pensionäre, die Anspruch auf das Kindergeld haben, dasselbe noch bei der Invalidenlohnung im Dezember in Empfang nehmen können, wurde vom Ausschuß beschlossen, sofort an alle Knappschaftsälteste Bescheinigungsformulare zu senden; diese sollen die Formulare an die in Frage kommenden Pensionäre abgeben. Die Pensionäre müssen die Bescheinigung richtig ausfüllen, d. h. sie schreiben auf die Bescheinigung den Namen und das Geburtsdatum ihrer Kinder unter 15 Jahren und lassen dann die **Bescheinigung von der Orts- oder Polizeibehörde amtlich beglaubigen.** Alle Pensionäre, die eine solche Bescheinigung bei der Invalidenlohnung im Dezember dem auszahlenden Beamten vorlegen, erhalten den Kindergeldzuschuß.

Die Aufbesserung ist, wenn auch nicht sehr bedeutend, immerhin ein Fortschritt. Gerade die Pensionäre, die noch nicht invalide sind im Sinne der R. V. O. leiden die meiste Not. Besonders gibt es heute viele, die durch die Grubenbehörde zwangsläufig in Pension geschickt werden, wenn sie 38—40 Arbeitsjahre hinter sich haben. Viele von diesen Kameraden haben noch schulpflichtige Kinder und hätten sie, der Not gehorchend und nicht dem eigenen Triebe, noch einige Jahre über Tage gearbeitet, bis die Kinder einigermaßen versorgt gewesen wären. Anderweitige leichte Arbeiten, die noch den körperlichen Fähigkeiten der alten Bergleute entsprechen würden, sind selten zu finden, denn die leichteren Stellen sind auch immer gleich besetzt. Deshalb werden die Pensionäre die neue Regelung anerkennen, auch die, die diesmal nicht berücksichtigt wurden.

Die Reichsbeihilfe

wird, wie in den vorausgegangenen Monaten, am 10. Dezember ausgezahlt und zwar in **gleicher Höhe wie im Monat November.** Unverständlicherweise ist der Arbeitgeber immer noch dagegen, daß diese Beihilfe gemeinsam mit der Pension ausgezahlt wird.

Sämtliche Pensionäre wissen heute ganz genau, daß die Beihilfe aus dem Reiche kommt und der französische Bergbaubesitzer im Saargebiet nichts mit der Ausschüttung dieser Beihilfe zu tun hat. Weiterhin ist bekannt, daß die Beihilfe nur solange gegeben werden kann, bis der Betrag von eineinhalb Millionen Mark aufgebraucht ist. Vielleicht entschließt sich aber bis dahin der Arbeitgeber, Pensionen in solcher Höhe zu zahlen, daß die Gewährung einer besonderen Beihilfe wegfallen kann. Unsere diesbezüglichen Forderungen sind ihm ja bekannt und wollen wir entsprechende Einsicht erwarten. J. M.

■

eine schlechte Nachbarschaft ist ein fressender Schaden für die ganze Umgebung. Ja, eine ganze Straße oder Teile eines Ortes können durch schlechte Nachbarschaft in Verruf kommen. Was jahrelange gute Erziehung aufbaute, kann durch schlechte Nachbarschaft recht bald niedergerissen werden. Und kann man sonst Leuten aus dem Wege gehen und schlechten Umgang meiden, so stehen wir hier leicht vor Unmöglichkeiten. Häuser kann man nicht verrücken und Wohnungen nicht auf den Rücken nehmen.

Wenn ich nun eingangs betonte, daß gute Nachbarschaft auch viel zum Wohle und zur Verschönerung des Lebens beitragen könne, so ist dies nur zu wahr. Manche freie Stunde kann in Gemeinschaft mit dem Nachbar verplaudert werden, und gute Nachbarsfrauen teilen Freud und Leid und finden oft Trost im gegenseitigen Aussprechen, denn nur eine Frau kann ein Frauenherz verstehen.

Besonders, liebe Knappenfrau, halte gute Nachbarschaft mit den Frauen der organisierten Kameraden. Zeiget, die ihr die Forderungen der Zeit besser versteht, daß ihr sozusagen auf einer höheren Kulturstufe steht. Wir alle bilden eine gemeinsame Familie und sind tatkräftiger darauf bedacht, die wirtschaftlichen Nöten zu heben. Da sollen auch die Frauen sich nicht fremd sein, sondern die Mahnung wohl beherzigen:

Kämpfen wir wie Bruder, Schwester
Stets um Recht und besseren Lohn.
Knüpf' auch unsre Freundschaft fester
Die Organisation.

Nun noch einmal, liebe Knappenfrau, halten wir gute Nachbarschaft!

Sind wir doch, wie Adamskinder,
— Ob sich frei auch manche preisen —
Einer mehr, der andre minder
Aufeinander angewiesen.

Ja, wir sind aufeinander angewiesen und sind gezwungen, die Hilfe des Nachbarn in Anspruch zu nehmen, wäre es auch der letzte Dienst, den er uns erweisen könnte: das Ehrengeleit zum Friedhof, wo wir alle wohl oder übel gute Nachbarschaft halten müssen für immer.

■

Löhne der preußischen Bergleute im zweiten Vierteljahr 1926

Ueber Belegschaftszahl und Lohngestaltung im deutschen Bergbau sind die amtlichen Nachweisungen im „Reichsanzeiger" erschienen. Da uns besonders die im Steinkohlenbergbau verdienten Löhne interessieren, lassen wir es bei der Angabe der Belegschaftszahl und der Löhne im preußischen Steinkohlenbergbau bewenden.

1. Durchschnittslöhne sämtlicher Arbeiter:

Bergbaugebiet	Gesamtzahl der Arbeiter I/1926	Gesamtzahl der Arbeiter II/1926	Barverdienst auf eine Schicht I/1926	Barverdienst auf eine Schicht II/1926
Oberschlesien	44 560	41 578	5,41	5,43 Mk.
Niederschlesien	27 074	23 484	5,05	5,10 Mk.
OBVB. Dortmund	309 865	309 327	7,38	7,42 Mk.
Linken Niederrhein	15 188	14 483	7,46	7,44 Mk.
Bei Aachen	18 267	18 794	6,61	6,68 Mk.
	414 964	407 666		

Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1926 hat sich die Belegschaftszahl wiederum um 7 298 vermindert. In allen Revieren — mit Ausnahme am linken Niederrhein — ist eine geringe Steigerung des Durchschnittslohnes aller Arbeiter zu verzeichnen. Niederschlesien erzielte wie immer die niedrigsten Löhne; sie blieben um 2,34 Mk. hinter den Löhnen am linken Niederrhein zurück.

2. Durchschnittslöhne der Hauer, Lehrhauer und Schlepper im Gedinge:

Bergbaugebiet	Von der Gesamtzahl der Arbeiter v. H.	Barverdienst auf eine Schicht I/1926	Barverdienst auf eine Schicht II/1926
Oberschlesien	29.8	6.53	6.50 Mk.
Niederschlesien	41.0	5.53	5.65 Mk.
O. B. A. B. Dortmund	48.3	8.45	8.48 Mk.
Linken Niederrhein	47.1	8.72	8.71 Mk.
Bei Aachen	51.8	7.37	7.47 Mk.

3. Durchschnittslöhne der Schichtlöhner unter Tage:

Bergbaugebiet	Von der Gesamtzahl der Arbeiter v. H.	Barverdienst auf eine Schicht I/1926	Barverdienst auf eine Schicht II/1926
Oberschlesien	43.3	5.09	5.13 Mk.
Niederschlesien	28.1	4.98	5.06 Mk.
O. B. A. B. Dortmund	27.5	6.40	6.43 Mk.
Linken Niederrhein	26.4	6.41	6.41 Mk.
Bei Aachen	23.7	5.90	5.82 Mk.

4. Durchschnittslöhne der Schichtlöhner über Tage:

Bergbaugebiet	Von der Gesamtzahl der Arbeiter v. H.	Barverdienst auf eine Schicht I/1926	Barverdienst auf eine Schicht II/1926
Oberschlesien	23.7	5.04	5.07 Mk.
Niederschlesien	28.6	4.60	4.65 Mk.
O. B. A. B. Dortmund	22.9	6.64	6.60 Mk.
Linken Niederrhein	24.6	6.54	6.57 Mk.
Bei Aachen	23.3	5.98	6.03 Mk.

5. Durchschnittslöhne der Arbeiter unter 16 Jahren.

Bergbaugebiet	Von der Gesamtzahl der Arbeiter v. H.	Barverdienst auf eine Schicht I/1926	Barverdienst auf eine Schicht II/1926
Oberschlesien	0.7	1.28	1.27 Mk.
Niederschlesien	0.9	1.26	1.26 Mk.
O. B. A. B. Dortmund	1.2	2.09	2.06 Mk.
Linken Niederrhein	1.7	2.13	2.11 Mk.
Bei Aachen	1.1	1.62	1.62 Mk.

■

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Grube Camphausen. Recht üble Zustände machen sich auf unserer Schachtanlage bemerkbar. Nach § 7 des mit der Bergwerksdirektion vereinbarten Manteltarifes wird den Kameraden **freies Geleuchte** geliefert. Für notwendige Reparaturen hat er nur dann aufzukommen, wenn ihm fahrlässiges oder vorsätzliches Verschulden nachgewiesen wird. An die so getroffenen Richtlinien hält sich die Grubenverwaltung nicht. Zunächst werden die Kosten der zu den elektrischen Lampen notwendigen Glühbirnen, soweit dieselben durch neue ersetzt werden, vom Lohne in Abzug gebracht. Dabei wurden noch vor wenigen Monaten für eine Birne 70 Centimes angesetzt. Jetzt sind diese Kosten auf 5.50 Fr. gestiegen. (!!) Hinzu kommen die notwendigen Reparaturen. Auch für diese Ausgaben macht man den Arbeiter haftbar. So hat man im Oktober einer Reihe Pferdeführer und Abspieler, die meistens zwei Lampen notwendig haben, bis zu 30 Franken (!!) am Lohne abgehalten. Ohne daß man den Arbeiter von dieser Maßnahme verständigte, auch ohne in der Lage zu sein, prüfen zu können, ob in der Tat neue Birnen geliefert bezw. eine Reparatur vorgenommen, macht man Lohnabzüge. Diese Vorgänge haben mit Recht zu einer **starken Erregung der Belegschaftsmitglieder geführt. Nicht selten erhält der Arbeiter seine ihm zugeteilte Lampe für mehrere Schichten nicht ausgehändigt.** Er muß sich mit einer Reservelampe begnügen. Was mit der Lampe inzwischen geschehen, vermag er nicht festzustellen. Eine Benachrichtigung wird ihm nicht zuteil. Auf seinem Lohnzettel bemerkt er dann allerdings am Zahltage, daß man einen Betrag für Reparatur in Abzug gestellt. Die Belegschaft hat gegen diese Art des Vorgehens Einspruch erhoben. Sie verlangt neben der Rückgabe der so vorenthaltenen Beträge die Einhaltung getroffener Vereinbarung.

•

Grube Viktoria. Recht interessante Löhne werden auf der Berginspektion 2, Grube Viktoria, Abtlg. 8, gezahlt. Die Bergwerksdirektion erklärt so oft bei Verhandlungen, daß nur sehr wenig Kameraden im Revier vorhanden seien, die unter dem Mindestlohn ausgezahlt werden. Entweder wurde die Bergwerksdirektion falsch berichtet, oder zur Beurteilung der Frage „Mindestlohn" lag derselben nicht der gesamte Lohn vor, wie er im ganzen Gebiet verdient wird. Zur Illustrierung dieser Behauptung nachstehend die Löhne der Abtl. 8, Grube Viktoria:

Pflock	Lohn	Pflock	Lohn
815	8,— Fr.	825	9,37 Fr.
816	8,— „	826	11,62 „
817	5,68 „	827	9,38 „
818	8,81 „	828	8,80 „
819	5,88 „	829	4,97 „
820	8,82 „	830	10,46 „
821	11,32 „	831	10,92 „
822	9,— „	832	10,31 „
823	8,82 „	833	8,76 „
824	10,19 „	834	10,79 „

Bemerken möchten wir noch, daß in diesem Revier ein Fahrsteiger Römer, der aus dem Ruhrgebiet zugewandert ist, sich rühmlich hervortut. Ob der Herr Römer das Lied nicht kennt „als die Römer frech geworden"? Den Kameraden der Abtl. 8 sagen wir: laht euch solche Löhne nicht gefallen, nutzt die wenigen Rechte, die in der Arbeitsordnung enthalten sind, aus, kündigt rechtzeitig die Gedinge und beauftragt die Organisationen mit euren Beschwerden.

•

Grube Viktoria, Berginspektion 2. Am 5. November d. Js. verunglückte der Kamerad Franz Peter zu Pütlingen in Abteilung 26, Grube Viktoria, derart schwer, daß seine Ueberführung ins Lazarett erforderlich war. Dieser Unfall wäre nicht passiert, wenn die Bergleute nicht gezwungen wären, gesundheitlich zu arbeiten. Kohlen, Kohlen ist das Feldgeschrei der gegenwärtigen Machthaber. Wie die Kohlen gewonnen werden, ist einerlei. So z. B. wurden am 1. November neun Kameradschaften aus Abteilung 21 in die Abteilung 26 und ebensoviel Kameradschaften aus Abteilung 26 in die Abteilung 21 verlegt. Durch diese Massenverlegung sollte erwiesen werden, daß die Kameraden aus Abteilung 21, welche in Abteilung 26 verlegt werden, „mehr leisten" können. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Ortsfremder die Gefahren und das Gebirge in seiner Beschaffenheit nicht kennt und daher viel leichter einem Unfall entgegen steht als ein Ortskundiger. In Abteilung 26 wird das sogenannte Bauflötz abgebaut. Dasselbe ist in seiner Mächtigkeit nur 70 Zentimeter hoch. Dabei geht eine sog. Schneidfels nach, welche unter Umständen 10—30 Zentimeter stark ist. Manchmal kann diese Schneidfels angebaut werden, drückt sich aber allmählich durch. Wer das kennt und weiß, richtet sich demnach ein.

Aber, und das ist das wichtigste dabei, es wurde angeordnet, daß 1,30 Meter vom Stoß kein Stempel stehen darf, damit die Schrämmaschine arbeiten kann. Nun wird der Stoß noch 1,30 Meter tief geschrämt, sodaß dann eine Entfernung vom letzten Holz ab gerechnet von 2,60 Meter entsteht. Wo in der Welt besteht eine Verordnung in der Bergpolizeivorschrift, wonach der Bergmann gezwungen werden kann, auf eine solche Entfernung nicht zu verbauen?

Zu solch ungesetzliche Betriebe muß das Oberbergamt einmal hineinschauen. Es kann da manches feststellen, wenn es will. Die Arbeiterschaft aber wird es bald satt, wie ein Spielball benutzt zu werden. Ja noch mehr! Sie ist nicht gewillt, unter solchen Verhältnissen länger zu arbeiten. Dem Obersteiger sind die Verhältnisse bestens bekannt, zumal der Sicherheitsmann ihn ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß in diesem Flöz es noch den einen oder anderen das Leben kosten würde.

Gebe man den Arbeitern ein entsprechendes Gedinge und sorge man für die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften, dann wird die Unfallziffer um ein erhebliches gemindert werden.

•

Tauschmann sucht Schlepper Reinhold Engel aus Humes zur Verlegung von Grube Camphausen nach Göttelborn. Meldung beim Kameraden oder Bezirksleiter Illingen.

•

Widerruf. Die Verleumdungen, die ich gegen den Gewerkschaftssekretär **Weyrich**, St. Wendel, verbreitet habe, nehme ich hiermit mit Bedauern als **unwahr** zurück.

Alsweiler, den 12. November. Konrad Schmidt.

•

Nachruf. Unsere Zahlstelle verlor durch den Tod den Kameraden Peter Scherschel. Er war ein treuer Kamerad, der sich um die Gewerkschaftssache stets eifrig bemühte. Ehre seinem Andenken.

Der Vorstand der Zahlstelle Spiesen.

■

Bekanntmachung

Der 48. Wochenbeitrag (Woche vom 21. bis 27. November) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: P. Kiefer,
Verl. des Gewerkverein christl. Bergarbeiter Deutschlands.
Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G.